Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

9.5.1931 (No. 108)

Visual Library

Nr. 108 Samstag, den 9. Mai 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr; — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Kündigung vor Inkrafttreten der Verordnung über Lockerung der Zwangswirtschaft

Nach Art. 2 der Verordnung des Ministers des Innern vom 4. Februar 1931 über Lockerung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume tritt diese Verordnung, soweit sie die weitere Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes betrifft, am 1. Oktober 1931 in Kraft. Es sind nun Zweifel aufgetaucht, ob für Wohnungen und Geschäftsräume, die von diesem Zeitpunkt ab von den genannten Gesetzen ausgenommen sind, eine Kündigung erst vom 1. Oktober ab oder bereits jetzt ausgesprochen werden kann. Nach § 52 b des Mieterschutzgesetzes kann eine Kündigung schon jetzt ausgesprochen werden mit der Wirkung der Verpflichtung zur Räumung auf 1. Oktober 1931. Die Kündigung muß, wenn sie auf diesen Tag wirksam sein soll, spätestens am 8. Juli 1931 erfolgen; ist im Mietvertrag eine längere Kündigungsfrist vereinbart, dann muß diese Frist eingehalten werden.

Briand zur Zollunion

Vertrauensvotum für die Regierung

Die Debatte in der französischen Kammer über die Zollunion hat mit einem **Sieg der Regierung Laval und Briands** geendet. Die Kammer hat sich nach einer Nachtsitzung heute, Samstag, früh 1,40 Uhr auf Vorschlag des Ministerpräsidenten angesichts der bevorstehenden Genfer Verhandlungen bis zum 28. Mai vertagt. Der Regierung wurde durch die Annahme der Tagesordnung **das Vertrauen ausgesprochen.** Die Gesamttagesordnung wurde mit 470 gegen 0 Stimmen angenommen, die Worte: „billigt die Erklärung der Regierung" mit **430 gegen 52 Stimmen** der Sozialisten. Ministerpräsident **Laval** hatte, bevor die Abstimmung begann, sich mit einem Appell an die Regierungsparteien gewandt.

Die **angenommene Tagesordnung** lautet: „Die Kammer bekräftigt ihre Zustimmung zu einer Politik internationaler Verständigung und einer weitgehenden loyalen Zusammenarbeit der Völker Europas; sie verurteilt formell den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion, der in Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen stehen würde. Die Kammer billigt daher die Erklärungen der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über."

Briand verteidigte in einer großen Rede zunächst sehr energisch seine Politik und erklärte feierlich, daß er nichts von seinen Handlungen bedauere. Niemals sei das Prestige Frankreichs so groß gewesen, als jetzt. Dem **Anschlußversuch,** dem man jetzt gegenüberstehe, habe einen **wirtschaftlichen** Charakter, der aber gegenwärtig **viel besorgniserregender sei, als der politische.** Angesichts eines so ernsten Ereignisses, wie der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion, habe sich begreiflicherweise der gesamten Welt eine Erregung bemächtigt. Frankreich habe dieses Ereignis mit Bitterkeit verzeichnet. Briand **verneinte** entschieden **das Recht Deutschlands und Österreichs, einen solchen Plan vorzubereiten,** und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Schritte Frankreichs, die es im Jahre 1921 unternommen habe, damit Österreich lebensfähig bleibe. Frankreich müsse Geduld zeigen und Vorsichtsmaßnahmen treffen, um einen Krieg mit seinen 70-Millionen-Nachbarn zu vermeiden. Das französische Volk halte seine Augen offen. Zum Schluß erklärte Briand, es sei schon viel für die Organisierung des Friedens getan worden. Frankreich habe sich mit dem Frieden gleichgestellt, und es sei bereit, mit allen Nationen zusammenzuarbeiten. Eine solche Politik verkleinere Frankreich nicht.

*

WTB. **Paris,** 9. Mai. (Tel.) Die gestrige Kammerdebatte wird von der Mehrzahl der Blätter als ein **persönlicher Erfolg Briands** und als Sieg des französischen Friedensgedankens allgemein gefeiert. Nur einige rechtsstehende Blätter sprechen von einer **inhaltslosen Leere** der Rede Briands.

Wieder ein polnischer Fliegerzwischenfall

M. **Berlin,** 9. Mai. (Priv.-Tel.) Ein **polnisches Militärflugzeug** ist bei **Mohrungen** in Ostpreußen, 50 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, auf deutschem Boden gelandet. Der Führer, ein Hauptmann, wurde in Haft genommen.

Meuterei auf einem spanischen Kriegsschiff

WTB. **Madrid,** 9. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung aus **El Ferrol** hat die Besatzung des Panzerschiffs **„Jaime I"** wegen der schlechten Beschaffenheit der Speisen **gemeutert.** Die Besatzung, die erklärte, auch gegen die Haltung des 2. Kommandanten zu protestieren, wurde in Haft genommen.

Sühne für den Aufstand in Britisch-Burma

WTB. **Rangoon,** 9. Mai. (Tel.) Der Gerichtshof in **Pyapons** hat im Prozeß gegen die an dem **Aufruhr in Tharawaddy** Beteiligten folgendes Urteil gefällt: **5 Rebellen** wurden **zum Tode verurteilt,** 56 zur lebenslänglichen Deportation, 24 Angeklagte werden freigesprochen.

Letzte Nachrichten

Deutschland und Briand

Eine Einmischung der französischen Kammer

M. **Berlin,** 9. Mai. (Priv.-Tel.) **In Berliner politischen Kreisen wird der Beschluß der französischen Kammer als eine bisher nicht übliche Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten betrachtet. Wenn Frankreich die Auffassung habe, daß hier Verträge verletzt worden seien, so hat der Völkerbund, wo sie ja registriert sind, das Recht der Nachprüfung, nicht aber ein fremdes Parlament, das sich einfach ein Urteil anmaßt.**

Auch die Rede Briands ist nicht angenehm empfunden worden. Abgesehen von der sehr ungehörigen Ausspielung Stresemanns gegen Curtius zeigt sie zahlreiche Widersprüche. Jetzt bemerkt er den rein wirtschaftlichen Charakter des Zollabkommens, den er bisher abgestritten hat und behauptet im gleichen Atemzug, daß es sich um eine Anschlußangelegenheit handle. Im ersten Teil seiner Rede spricht er von Heimlichtuerei, die auf böse Absichten schließen lasse, am Schlusse sagt er, daß Frankreich nicht überrascht worden sei. Auch die „Entrüstung, die in der ganzen Welt eingesetzt habe", hat sich bekanntlich nur auf Frankreich und die Tschechoslowakei beschränkt.

Wahrscheinlich wird der deutsche Außenminister heute Abend auf dem Bankett der ausländischen Journalisten in Berlin diese Rede kurz streifen. Den eigentlichen Inhalt der Ausführungen Curtius bildet sie nicht.

Die Deutsche Bauausstellung Berlin

Eröffnung durch den Reichsarbeitsminister

WTB. Berlin, 9. Mai. (Tel.) In Anwesenheit von nahezu 2000 Ehrengästen aus allen Kreisen, darunter das Diplomatische Korps, wurde heute vormittag gegen 10 Uhr die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 eröffnet. Der internationale Charakter findet seinen Ausdruck in der Vertretung der einschlägigen Wissenschaft und Wirtschaft des Auslandes

Als erster begrüßte Bürgermeister Dr. **Sahm** die Erschienenen und hob besonders die lebendige Anteilnahme des Auslandes am Ausstellungswerk hervor. Auch erblickt er in der starken Anteilnahme aller Kreise eine Rechtfertigung der Berliner Ausstellungspolitik.

Nach ihm hielt Reichsminister Dr. **Stegerwald** die Eröffnungsrede. Er betonte die Bedeutung der Ausstellung, die einen Meinungsaustausch zwischen allen Völkern bringen könne. Sie werde aber auch zeigen, daß sich planvolle Zweckmäßigkeit selbst bei knappstem Grundriß sichern läßt. Noch zu allen Zeiten habe sich die Art des Denkens und Schaffens eines Volkes in der Form seiner Bauwerke ausgedrückt. In der Hoffnung, daß die Ausstellung Wege weisen und Anregungen und Belehrungen geben möge, die dem ganzen Volke Dienste leisten, eröffnete der Minister im Auftrag der Reichsregierung die Ausstellung.

Landwirtschaftsminister Dr. **Steiger** wies auf die Bedeutung der ländlichen Siedlung in der deutschen Bauwirtschaft hin. Die Siedlung sei eine der wichtigsten Punkte der Agrarpolitik von Reich und Ländern.

Baurat Dr.-Ing. **Riepert,** gab zum Schluß eine eingehende Übersicht über die städtebauliche Bedeutung der Bauausstellung. Das Ausland müsse durch diese Ausstellung den Willen Deutschlands an seinem Wiederaufbau erkennen.

An die Eröffnungsfeier schloß sich ein mehrstündiger Rundgang durch die Ausstellung.

Volksentscheid voraussichtlich Anfang August

WDZ. Berlin, 9. Mai. (Tel.) Die Vorlage über die Auflösung des Preußischen Landtags wird, wie man in Landtagskreisen annimmt, voraussichtlich Ende Juni im Plenum des Landtags zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, daß für den Volksentscheid selbst einer der ersten beiden Sonntage im August der 2. oder 9. August, festgesetzt werden wird.

Keine Subvention für die Rheinschiffahrt

M. **Berlin,** 9. Mai. (Priv.-Tel.) **Durch die Presse geht** die Nachricht, daß die Reichsregierung der **Rheinschiffahrt eine Subvention** geben wolle. Davon kann keine Rede sein. Es handelt sich bei Besprechungen, die stattgefunden haben und fortgesetzt werden, lediglich um die **Ausfüllung von Lücken in der Arbeitslosenversicherung.** Vor allem muß festgestellt werden, zu welchen Gemeinden die Binnenschiffer gehören.

Für Gleichberechtigung Chinas

WTB. **Nanking,** 9. Mai. (Tel.) Eine dramatische Szene ereignete sich in der Vormittagssitzung des **Volkskonvents,** als eine Gruppe von 500 Delegierten geschlossen aufstand, um ihre einmütige Zustimmung zu einem Antrage zu bekunden, der die Beseitigung der **Ungleichheit** der internationalen Verträge verlangt. Diesem Akt folgte minutenlanger Beifall.

*Zur politischen Lage

Die Zollunion

Die Arbeiten des **Reichskabinetts** stehen schon seit einigen Wochen hauptsächlich im Zeichen der **auswärtigen Politik.** Die **Völkerbundstagung** in Genf findet in Kürze statt, und sie wird zweifellos von ganz besonderer Bedeutung für die Geschicke Europas werden.

Drei Punkte sind es, die in erster Linie — sei es offiziell, sei es inoffiziell — die Tagung in Genf beherrschen werden. Die erste dieser Fragen bezieht sich auf die **Zollunion zwischen Deutschland und Österreich.** Der Völkerbund wird zu entscheiden haben, ob gegen die Paragraphen dieses Vertrags formal-rechtlich etwas einzuwenden ist.

Daneben wird natürlich auch das **politische Moment** eine Rolle spielen. **Frankreich** wird im Bunde mit seinen östlichen Vasallen alles tun, um die Zollunion zum Scheitern zu bringen. Das französische Kabinett hat schon seit einiger Zeit einen großen Apparat aufgeboten, um die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zu verhindern. Geschehen soll das vor allem durch ein umfassendes System zollpolitischer Verträge und Maßnahmen. Als Träger dieses Systems hat sich Frankreich die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Polen erkoren. Briand will eine neue, große südöstliche Zollunion schaffen, die unter französischer Oberaufsicht ein wirtschaftliches Gegengewicht gegen Deutschland und Österreich bildet oder diese beiden Staaten zum Anschluß an das französische System zwingt.

Es ist zweifelhaft, ob sich die Ideen Briands verwirklichen lassen. Denn außer den von Frankreich abhängigen Oststaaten gibt es ja auch noch Ungarn, Bulgarien und Griechenland, über die man immerhin nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Und ferner darf man nicht vergessen, daß in vielen Punkten die **wirtschaftlichen Interessen der von Frankreich abhängigen Südoststaaten** durchaus **nicht parallel** laufen; das gilt vor allem für das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei einerseits und Jugoslawien und Rumänien andererseits. Und schließlich gibt es ja wohl auch noch den entschiedenen Willen **Deutschlands und Österreichs selbst.** Nach den neuesten Meldungen ist sowohl die Berliner wie die Wiener Regierung **fest entschlossen, die Zollunion zum Abschluß zu bringen.**

Gegen den Wunsch der großen Mehrheit der Mitglieder ist der **Kontrollausschuß der österreichischen Sanierungsanleihe** auf Verlangen Frankreichs für den 12. Mai einberufen worden. Jeder der Unterzeichner des Protokolls ist eben berechtigt, eine solche Einberufung zu fordern. Der Zweck der Einberufung ist ganz offensichtlich der, durch einen Beschluß des Kontrollausschusses der Entscheidung des Völkerbundes zu präjudizieren. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob Frankreich dieses sein Ziel erreichen wird.

Die Politik der Revisionen

Das zweite Problem, das auf der Genfer Tagung eine Rolle spielen wird, ist das der **Revisionen,** und zwar zunächst der **Revision des Youngplanes.** In letzter Zeit ist diese Angelegenheit, zumal in Amerika, besonders eifrig erörtert worden. Von sehr beachtenswerter Seite hat man Deutschland gewissermaßen den Wink gegeben, nun von sich aus die Initiative zu ergreifen und eine Revision des Youngplanes oder doch zum mindesten ein **Moratorium** zu beantragen.

Natürlich hat dabei auch wieder die Idee einer Streichung der **Interalliierten Schulden,** die Diskussion beherrscht. Man gebraucht auch in Amerika bereits das Schlagwort von den „unwirtschaftlichen Schulden", von Schuldsummen, deren Zahlung auf das amerikanische Wirtschaftsleben selbst wahrscheinlich auf die Dauer immer ungünstiger einwirkt. Und, wenn auch sicherlich die öffentliche Meinung in Amerika **noch keineswegs für eine Streichung der interalliierten Schulden** zu haben ist, zumal das Staatsbudget ein großes Defizit aufweist, hat doch der Gedanke einer Revision des gesamten Schuldenproblems Fortschritte gemacht. Daß gelegentlich dieser Debatte in Amerika auch sonst freundliche Töne für Deutschland hörbar wurden, und einer der prominenten Redner dringend empfahl, in Europa an die Stelle des Hasses und der Feindschaft die Liebe und die Freundschaft zu setzen, verleiht der ganzen Situation noch ihr besonderes Gepräge.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 39. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Daß Deutschland die Reparationen **nicht** zahlen kann, daß durch diese Reparationszahlungen die **ganze Weltwirtschaft durcheinander gebracht wird**, das weiß man längst. Es kommt jetzt nur darauf an, die richtigen Schlußfolgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Und es kommt vor allem darauf an, **Frankreich** zu der Einsicht zu bringen, daß das ganze, bisher geltende System unleidlicher und unvernünftiger Verträge von Grund aus revidiert und geändert werden muß.

Flottenpakt und Abrüstung

Die dritte Frage, die sicherlich auch die Genfer Tagung überschatten wird, ist die der **allgemeinen Abrüstung.** Frankreich hat es durch seine Großmannssucht nun glücklich dahin gebracht, daß auch die Besprechungen der letzten Tage zwischen England, Frankreich und Italien über den **Flottenpakt** als **ergebnislos** beendet werden mußten. Man hat sich in London bei diesen Besprechungen **nicht geeinigt.** Im Gegenteil, die Differenzen sind nur noch schärfer hervorgetreten. Entstanden sind diese Differenzen durch den Wunsch Frankreichs, sich noch allerlei Neubauten zu sichern. Und alle Vorstellungen Englands und Italiens haben Paris von seiner Haltung nicht abzubringen vermocht.

Hinter dieser französischen Politik steckt zweierlei: einmal der rein auf die Sache selbst bezogene Wunsch, sich eine möglichst starke Flotte zu erhalten, dann aber auch die Absicht, durch die Schaffung neuer Differenzen und Mißverständnisse die Einigungsvorarbeiten für die kommende Abrüstungskonferenz soweit hinauszuschieben, daß **die Abrüstungskonferenz schließlich selber vertagt werden muß.** Daß man solche Manöver in England und Italien mit Unmut betrachtet, kann man sich denken.

In Italien hat es einen sehr schlechten Eindruck gemacht, daß man jetzt in Paris auch das bekannte französisch-italienische Marineabkommen vom 1. März als **unverbindlich** hinstellt. Ein angesehenes italienisches Blatt schrieb dieser Tage, man sei in Italien „beunruhigt über die Art und Weise, wie man in Frankreich internationale Verpflichtungen behandle, und beunruhigt darüber, wie leicht man in Paris heute das widerrufe, was man noch gestern vereinbart habe". Der gute Wille und die Loyalität Italiens sei offenbar für eine Annäherungspolitik an Frankreich nicht ausreichend. Vielleicht sei es **überhaupt unmöglich, zu irgend einem Abkommen mit Frankreich zu gelangen.** Der Idee, die Abrüstungskonferenz zu vertagen, widersetzen sich im übrigen sowohl die römische wie die Londoner Regierung.

In Frankreich muß wohl infolge der außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit die Befürchtung entstanden sein, daß man immer mehr **isoliert** werde. Jedenfalls hat Briand es für angezeigt gehalten, dieser Befürchtung in einer Kammerrede entgegenzutreten. Er hat erklärt, daß in der Zollunionsfrage „vollkommenes Einvernehmen zwischen Frankreich und seinen früheren Verbündeten besteht". Frankreich sei keineswegs isoliert, es stehe geachtet da, und er (Briand) möchte den sehen, der das Gegenteil behaupte.

Offiziell wird Briand schon recht haben. Ob er stimmungsmäßig Recht hat, möchten wir bezweifeln. Denn das unterliegt gar keinem Zweifel, daß sich die Stimmung in den unabhängigen Kabinetten Europas nicht gerade in einem für Frankreich günstigen Sinne gewandelt hat.

Das Brauns-Gutachten

In der **inneren** Politik Deutschlands regiert nachwievor die **Sorge um unsere Wirtschaft,** die **Sorge um unsere öffentlichen Finanzen.** Und die Arbeitslosigkeit ist das weithin sichtbare Symptom für den Ernst der Lage. Der **zweite Teil des Gutachtens der Brauns-Kommission** liegt nunmehr vor. Er beschäftigt sich mit der Frage der **Arbeitsbeschaffung** und gipfelt in der Feststellung, daß nur durch **Kapitalwerbung** auf Grund **öffentlichen Kredites** neue Arbeitsgelegenheit geschaffen werden könne, und zwar auf der Basis ganz großer und weitgreifender Pläne. Dazu seien **langfristige Kredite,** also die Heranziehung von **Auslandskapital,** erforderlich.

Was die Brauns-Kommission hier sagt, ist nicht neu. Die Frage ist nur die, **ob und wie wir diese langfristigen Kredite bekommen können.** Zur Zeit ist eine Bewegung im Gange, die bestehenden kurzfristigen Verträge wenigstens in langfristige umzuwandeln. Wir werden sehr froh sein können, wenn uns das teilweise gelingt. Wie wir aber gerade in diesem Augenblick vom Ausland her **neue, große Kredite** bewilligt erhalten sollen, das ist uns nicht erklärlich. Und deshalb ist die sonst so nützliche und verständige Anregung des Gutachtens leider **praktisch ohne Wert.** Alle Vorschläge, die in dem Gutachten im einzelnen gemacht werden, lassen sich nur dann verwirklichen, wenn wir das nötige Kapital dazu aufbringen können. **Und an diesem Kapital fehlt es eben.** Von der dringend notwendigen Reform der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung überhaupt sagt das Gutachten noch nichts. Das wird dann in dem demnächst zu erwartenden dritten Teil geschehen.

Um den Brotpreis

Der Reichsernährungsminister **Schiele** hat dieser Tage in der öffentlichen Vollversammlung des **Deutschen Landwirtschaftsrates** auf eine Tatsache aufmerksam gemacht, die er vorher, in den Tagen der Verhandlungen mit den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht wissen konnte, die aber außerordentlich wichtig ist. Es ist nämlich die Tatsache, daß der **Ernährungsindex im April weiterhin gesunken ist,** nämlich auf 129,3!

Als der Reichstag sich vertagte, und die Ermächtigungsgesetze annahm, wurde dem Kabinett zur Pflicht gemacht, von sich aus einzugreifen, und die Preise zu senken, **wenn der Lebensmittelindex dauernd über 133 hinausgehen sollte.** Damals stand er auf rund 131. Wie wir sehen, ist er trotz der Erhöhung des Brotpreises in einzelnen Großstädten und trotz der leichten Erhöhung der Preise für Weizenmehl nicht etwa gestiegen, sondern **noch weiter gefallen;** weil eben soundso viele **andere** Lebensmittel im Preis gesunken sind.

Selbstverständlich kann diese Tatsache die Reichsregierung nicht von der Verpflichtung entbinden, ungerechtfertigte Erhöhungen des Brotpreises zu verhindern. Und die Bemühungen des Reichsernährungsministers haben ja in Berlin bereits einen gewissen Erfolg gehabt.

Die neue Staatshaushaltsordnung Badens

Die **badische Regierung** hat jetzt dem Landtag die schon vor einigen Wochen durch den Finanzminister angekündigte **neue Staatshaushaltsordnung** im Entwurf vorgelegt. Die wichtigste Bestimmung ist die, daß **alle** Einnahmen und Ausgaben des Staates für den betreffenden Etatszeitraum **im Etatgesetz enthalten sein müssen,** und daß auch der **Landtag,** wenn die Ordnung im Staatshaushalt nicht gestört werden soll, **sich streng daran halten sollte, neue oder erhöhte Ausgaben nur unter gleichzeitiger Beschaffung der vollen Deckung zu beschließen.** Daß die Regierung verpflichtet ist, bei etwaigen außerplanmäßigen Ausgaben für die entsprechende Deckung zu sorgen, versteht sich ja von selbst, wird aber in der neuen Haushaltsordnung auch noch ausdrücklich festgelegt.

Bedeutsam ist ferner die Schaffung eines **eisernen Bestandes** von mindestens 15 Millionen Reichsmark. Da schon allein die monatlichen Gehaltszahlungen über 10 Millionen Reichsmark ausmachen, muß das Fehlen eines solchen eisernen Bestandes neben der Gefährdung der Kassenflüssigkeit eine dauernde Belastung der Staatskasse mit nicht nutzbringenden Zinsen in sich schließen. Weiter wird den Behörden zur Pflicht gemacht, jede unnötige Ausgabe zu vermeiden und sich streng an den Etat zu halten. Am **Personalaufwand** soll in der Weise gespart werden, daß freiwerdende planmäßige Stellen im allgemeinen mit Beamten besetzt sind, die bei der eigenen oder einer anderen Verwaltung des Staates entbehrlich geworden sind und die erforderliche Vor- und Ausbildung besitzen.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Stärkere Entlastung

Nach dem Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitslage für die Zeit vom 16. bis 30. April hat die **zweite Aprilhälfte** die bis dahin durch die Witterung verzögerte **Frühjahrsentlastung** auf dem Arbeitsmarkt in **starkem Umfange in Erscheinung treten lassen.** Die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 **zurückgegangen;** in der Krisenfürsorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen.

Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende April in der **Arbeitslosenversicherung** rund 1 888 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, womit gegenüber dem diesjährigen Höchstpunkt Mitte Februar ein Rückgang um über 700 000 eingetreten ist. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Die Krisenfürsorge ist noch mit rund 902 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. **Der Bestand an Arbeitslosen** betrug Ende April **rund 4 389 000,** gegenüber 4 628 000 Mitte April.

Panzerschiff A „Deutschland"

Das deutsche Panzerschiff A, das am 19. Mai vom Stapel laufen soll, wird von dem Reichspräsidenten auf den Namen **„Deutschland"** getauft werden. Die „DAZ." bemerkt dazu, daß der Name des Schiffes, der, wie üblich, erst bei der Taufe selbst bekanntgegeben werden sollte, durch eine Indiskretion bekannt geworden ist. Das Blatt begrüßt es, daß das neue Panzerschiff den Namen „Deutschland" erhält, da es nach seiner Indienststellung an Stelle der „Schleswig-Holstein" **Flottenflaggschiff** werden soll und da dies im Hinblick auf das alte Flottenflaggschiff „Deutschland" die Wiederaufnahme einer würdigen Tradition ist.

Ein Gesetzentwurf über den elsässischen Rheinseitenkanal

Nunmehr hat die französische Regierung bei der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die **Konzessionierung** der Arbeiten vorsieht, welche die Ausnützung der Wasserkräfte des Rheines und die Verwirklichung **des großen elsässischen Kanals,** der die Bezirke Unter- und Oberelsaß durchlaufe, zum Ziele habe. In der Begründung des Projektes heißt es, daß Frankreich durch den **Versailler Vertrag** das Recht erworben habe, die ganze Motorenenergie des Rheines nach seinem Gutdünken auszunützen. Der Gesetzentwurf sieht ein **Programm von 7 Stufen** vor, dessen Durchführung einer vom Staat subventionierten Gesellschaft anvertraut werden soll, die sich zu Rückzahlungen an den Staat verpflichtet.

Baden kauft ein Haueisen-Gemälde. Anläßlich der Ausstellung Albert Haueisen im pfälzischen Gewerbemuseum Kaiserslautern kaufte die badische Regierung für die Karlsruher Kunsthalle ein Werk des Künstlers an, und zwar das große Familienbild aus dem Jahre 1912.

Opern- und Schauspielprüfung in Karlsruhe. Nach einer vom Deutschen Bühnenverein und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen aufgestellten Statistik über die Prüfungsergebnisse bei der Feststellung des bühnenreifen Nachwuchses konnten in Karlsruhe bei der Opernprüfung acht Zeugnisse erteilt werden. Vier Prüflinge mußten zu späterer Prüfung zurückgestellt werden und vier weiteren Prüflingen wurde das Zeugnis verweigert. Bei der Schauspielprüfung wurde acht Zeugnisse erteilt, drei Prüflinge zu späterer Prüfung zurückgestellt und zwei Zeugnisse verweigert. In allen, von den Prüfungen erfaßten Städten konnten von 542 Prüflingen nur 190 für bühnenreif erklärt werden.

Die Washingtoner Tagung

Der deutsche Standpunkt

Auf der Washingtoner Tagung der **Internationalen Handelskammer** setzten sich alle Redner für den **Abbau der Schutzzölle** ein und stellten gleichzeitig fest, daß die bisherigen Versuche, auf zollpolitischem Gebiet einen Waffenstillstand herbeizuführen, fehlgeschlagen seien.

Die meistbeachtete Rede hielt der Führer der deutschen Abordnung, **Frowein,** der sich gegen den übersteigerten Protektionismus aussprach. Die allzu starke Industrialisierung von Ländern, die bisher hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel geliefert hätten, sei weder der eigenen Volkswirtschaft, noch der Weltwirtschaft zuträglich. Gerade jetzt, da in vielen Ländern das Kapital zur Ausnutzung guter alter Industrieanlagen fehle, sollten Kapitalneuinvestierungen vermieden werden, die auf lange Sicht doch nur Verluste bringen würden. Zweitens mache sich überall das Bestreben geltend, gerade in der jetzigen Krisenzeit die Arbeitsgelegenheiten dem eigenen Volke vorzubehalten. Man vergesse aber, daß durch solche Absperrungen Isolierungen entstünden und der innere Krankheitsherd dadurch nicht bekämpft werden könne. Die Internationale Handelskammer habe daher die **Verbundenheit aller Volkswirtschaften** auch weiterhin als ihre besondere Aufgabe zu bezeichnen.

In der Sitzung der Gruppe „Zahlungsausgleich" sprach Staatssekretär a. D. **Bergmann** über die wirtschaftliche Auswirkung der Schuldenzahlung, insbesondere der **Reparationen.** Die interalliierten Schulden und die Reparationen seien miteinander verknüpft. Die ganze Bürde der internationalen Schulden liege auf **Deutschlands Schultern.** Bergmann verzichtete darauf, vor einem internationalen Forum die Rückwirkungen der Reparationen auf Deutschland allein zu beleuchten. Es sei Pflicht der Internationalen Handelskammer, den Einfluß der Reparationszahlungen auf die internationale Wirtschaft genau zu studieren und zu analysieren. Deutschland wurde gezwungen, seine Ausfuhr zu verstärken und die Einfuhr einzuschränken.

*

„Washington Star" schreibt in einem Leitartikel: Die Rede des deutschen Delegierten, Dr. Bergmann, kristallisierte den Standpunkt, der in der Internationalen Handelskammer vereinigten Wirtschaftler der ganzen Welt, daß die **beiden Fragen,** interalliierte Schulden und Reparationen, **verbunden** sind, was die Regierung der Vereinigten Staaten bekanntlich bestreitet, und daß die **Reparationsfrage** noch nicht als **endgültig gelöst** betrachtet werden kann. Diese offene und gesunde Diskussion eines schwerwiegenden Problems ist vielleicht der geeignete Weg zu seiner **nochmaligen Erwägung;** denn wer will in diesen Zeiten, wo alles im Fluß ist, prophezeien, daß eine solche Frage, die alle Wirtschaftsgebiete berührt, endgültig erledigt sei?

In dem Prozeß um die Gefrierfleischeinfuhr

hat das **Reich obsiegt.** Es handelt sich um einen Zivilprozeß um Millionen, den die Gefrierfleischimporteure, die Kühlhausbesitzer und der Zentralverband der deutschen Konsumgenossenschaften gegen das Reich wegen der Aufhebung des Gefrierfleischkontingents angestrengt haben. Die drei Interessentenverbände hatten das Reich zunächst auf Schadenersatz in Höhe von 30 000 RM. als Teilsumme verklagt, während der eigentliche Schaden auf Millionen beziffert wurde. Die Zivilkammer kam zu einer Abweisung der Klage und verurteilte die Kläger zur Tragung der Gerichtskosten. Die drei Verbände wollen Berufung beim Kammergericht einlegen.

Kurze Nachrichten

Reichskabinett und Revisionsfrage. Zu verschiedenen Meldungen über die Revisionsfrage wird von unterrichteter Berliner Seite mitgeteilt, daß ein endgültiges Urteil des Reichskabinetts, wann und in welcher Form die Reparationsfrage angeschnitten werden soll, nicht vorliegt.

Im Moabiter Prozeß wurde Freitag nachmittag nach Hitler sein Gegner **Stennes** als Zeuge vernommen. Er erklärte, von einem Plan des Überfalls auf den Edenpalast nichts zu wissen. Als der Vorsitzende auf die Aussage Hitlers hinwies, Stennes sei als Polizeispitzel tätig gewesen, wird dies von Stennes unter Eid verneint.

Der Verkauf der Berliner städtischen Werke. Am Freitag wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit 104 gegen 100 Stimmen dem Verkauf der Elektrizitätswerke und der sämtlichen Aktien der Bewag an die neu zu gründende **Berliner Kraft und Licht AG.** zugestimmt. Das Projekt hat noch insofern eine gewisse Veränderung erfahren, als die Stadt an der zu gründenden Gesellschaft nunmehr mit der **qualifizierten Stimmenminorität** beteiligt sein soll.

Der Fehlbetrag in Preußen. Im Preußischen Landtage führte am Freitag Finanzminister **Höpker-Aschoff** aus, daß für das Rechnungsjahr 1930 insgesamt mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen zu rechnen sein würde, und für 1931 sei eine weitere Verschärfung zu erwarten. Alle Befürchtungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, seien weit übertroffen worden.

Gegen Herabsetzung der Beamtenbezüge. Der geschäftsführende Vorstand des **Deutschen Beamtenbundes** lehnt in einer Erklärung jede weitere Herabsetzung der Bezüge der Beamten mit aller Entschiedenheit ab. Besonders macht er mit allem Ernst auf die schweren Gefahren aufmerksam, die eine nochmalige Kürzung der Beamtenbezüge heraufbeschwören würde.

Um den Butterzoll. Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats machte der Reichsernährungsminister **Schiele** in seiner bereits erwähnten Rede u. a. die Äußerung, daß die Butterzollerhöhungen eine **Kabinettsfrage** werden könnten. Das Kabinett wird sich nach der Genfer Tagung mit dieser Frage erneut beschäftigen.

Kleine Chronik

In **Oberstein** (Nahe) hat der arbeitslose Koch **Schleich** seinen siebenjährigen Sohn, nachdem er ihn vom Spiel auf der Straße zu sich ins Zimmer gerufen hatte, durch einen Schlag auf den Kopf **getötet.** Er selbst wurde im Vorgarten der Felsenkirche mit gebrochenen Gliedern tot aufgefunden. Er hatte sich nachts von dem hohen, die Kirche überragenden Felsen hinabgestürzt.

Ein schweres Unwetter, das über ganz **Westfalen** niedergegangen ist, hat an vielen Stellen die Getreide- und Kartoffelfelder vollständig versandet. Größere Sachschäden entstanden auch durch Blitzschlag. Aus einigen Orten wird beträchtlicher Verlust an Vieh gemeldet.

Im Anschluß an eine lange Periode der Trockenheit brachen in verschiedenen Teilen **Japans Brände** aus, bei denen ungefähr **20 Menschenleben verloren** gingen und Schäden in Höhe von fünf Millionen Yen (zehn Millionen Reichsmark) angerichtet wurden. In dem Badeort Yamanaka sollen mehr als 100 Personen verletzt worden sein. 700 Wohnhäuser und 30 Hotels fielen den Flammen zum Opfer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Aus dem Sommerfahrplan

Verbesserungen und Änderungen

Die Sommerausgabe des **amtlichen Kursbuches für Südwestdeutschland** ist soeben erschienen und gültig vom 15. Mai bis 8. Oktober.

Als wichtigste Verbesserung für das Land Baden bringt der neue Fahrplan im Sommerabschnitt die Herstellung einer **zweiten Schnellzugsverbindung Paris—Prag** durch die Fortsetzung der bisher in Karlsruhe endigenden Schnellzüge D 45/D 46, die auch künftig an die Basler Schnellzüge D 85/D 86 unmittelbar anschließen. Zug D 45 Karlsruhe ab 10.08, Pforzheim 10.43, Stuttgart an 11.41, Nürnberg an 14.20, Prag an 21.52. Zug D 46 Prag ab 8.10, Nürnberg ab 16.13, Stuttgart ab 18.53, Pforzheim an 19.54, Karlsruhe an 20.24, In Verbindung mit den Zügen D 85/D 86 ergeben sich durch die Züge D 45/D 46 gleichzeitig auch sehr günstige Tagesverbindungen von Basel und dem badischen Oberland nach Stuttgart und Nürnberg sowie den böhmischen Bädern und umgekehrt. Von Nordbaden besteht in Karlsruhe durch die Züge D 2 von Heidelberg (ab 8.52) und D 78 von Mannheim (ab 8.58) günstiger Anschluß an den Zug D 45 in Karlsruhe. Vom Zug D 46 können Reisende nach Heidelberg und Mannheim in Stuttgart oder Bietigheim auf den Eilzug 10/248 übergehen.

An den Zug D 2, Berlin Anh. Bf.—Basel wird durch Beschleunigung des in Frankfurt a. M. anschließenden Zuges D 202 von Dresden eine günstige Verbindung von Oberschlesien hergestellt, die sich gegenüber dem bisherigen Zustand um rund 3 Stunden verbessert. Ab Dresden und Leipzig beträgt die Fahrzeitkürzung rund 1½ Stunden (Abfahrt in Dresden künftig 22.26, anstatt 21.00; in Leipzig 0.43, anstatt 23.13).

Auf der Schwarzwaldbahn verkehren während des ganzen Sommerfahrplanabschnitts wieder die Schnellzüge D 154, Offenburg ab 13.54, Konstanz an 17.56, Konstanz ab 12.11, Offenburg an 15.56 in Verbindung mit den Hamburger Schnellzügen D 76/D 75, ferner D 158 Offenburg ab 19.21, Konstanz an 23.16, und D 157, Konstanz ab 6.12, Offenburg an 9.40 in Verbindung mit den Holländer TagesschnellzügenD 164/D 163 und den Berliner FD-Zügen 6/5.

Zwischen Freiburg und Ulm über die Höllentalbahn verkehrt wieder während des ganzen Sommers das zweite Eilzugpaar E 387, Freiburg ab 13.40, Ulm an 19.08 und E 386 Ulm ab 10.38, Freiburg an 16.13, mit unmittelbaren Schnellzugsanschlüssen nach und von München. Der Eilzug 386 erhält im Sommer einen durchlaufenden Wagen München—Freiburg, Abfahrt in München um 8.08 mit D 369; Rücklauf mit den Zügen E 383/911, Freiburg ab 8.18, München an 17.36.

Zwischen Basel und München über die Oberrheintal- und Bodenseegürtelbahn wird im Sommerabschnitt gleichfalls ein durchlaufender Wagen eingerichtet. Abgang in Basel 7.00 mit E 136, Ankunft in München 15.05 mit D 83; Rücklauf München ab 7.52 mit D 172 bzw. D 292, Ankunft in Basel 16.25 mit E 472. Im übrigen ist in Aussicht genommen, die Eilzüge 473, Basel Bad. Bahnhof ab 13.24, Lindau an 17.17 und 472, Lindau ab 12.29, Basel Bad. Bahnhof an 16.25 mit Anschlüssen nach und von München, dem Allgäu und Vorarlberg während des ganzen Jahres zu führen.

Während der Hauptreisezeit vom 1. Juli bis 10. September verkehren die Züge im allgemeinen wieder wie in den letzten Jahren. Darüber hinaus wird der Saisonschnellzug D 441 von Paris, ab 9.05, über Karlsruhe hinaus bis **Heidelberg**, an 18.32, fortgesetzt. Dadurch ergibt sich auch ein günstiger Anschluß vom Zug D 75 von Basel nach Heidelberg. In der Gegenrichtung werden die Wagen für den Zug D 32, Karlsruhe ab 11.12 nach Paris, mit dem Zug D 180, Heidelberg ab 10.03 nach Karlsruhe überführt; Ankunft Paris 19.30.

Außerdem wird vom 1. Juli bis 10. September eine neue Saisonschnellzugsverbindung unter Benutzung von bereits zwischen Wiesbaden und Mannheim vorhandenen Zügen zwischen Wiesbaden—Mannheim—Heidelberg—Heilbronn — Nürnberg und Rothenburg a. T., sowie umgekehrt, eingerichtet.

Auf der **Hauptbahn** verkehren im Sommerfahrplanabschnitt wieder die Eilzüge 97, Freiburg ab 13.30, Frankfurt a. M. an 18.35 und 98, Frankfurt a. M. ab 15.51, Freiburg an 21.17 mit günstigen innerbadischen und Fernanschlüssen, sowie die beschleunigt gefahrenen, über Frankfurt a. M.—Köln nach und von Cleve durchlaufenden Personenzüge 847, Freiburg ab 10.05 und 848, Freiburg an 19.38.

Zwischen Karlsruhe und Bingerbrück über **Mazau—Landau—Bad Münster a. St.** wird eine neue Eilzugverbindung durch die Züge 361, Karlsruhe ab 6.40, Bingerbrück an 10.01 und 362, Bingerbrück ab 19.18, Karlsruhe an 22.48 mit unmittelbaren Schnellzugsanschlüssen nach und von Köln (an 12.36, ab 16.42) eingerichtet. Auf der Strecke **Karlsruhe—Landau** und umgekehrt werden die Züge 361/362 für die jetzt schon vorhandene Eilzugverbindung nach und von Saarbrücken über Zweibrücken mitbenützt (Saarbrücken an 9.57, Abfahrt Saarbrücken 19.26).

Auf der **Strecke Mannheim—Würzburg** wird der Zug D 115 wieder zu einer durchgehenden Schnellzugsverbindung von Saarbrücken, ab 13.54 nach Nordbayern—Sachsen und Nürnberg ausgebaut. Hieran wird gleichzeitig ein Anschluß von Paris, ab 7.15 über Metz mit durchlaufenden Wagen Paris—Frankfurt a. M. über Mannheim—Darmstadt hergestellt.

Im Fahrplan der Personenzüge werden die im Herbst 1930 in Kraft getretenen Einschränkungen im allgemeinen wieder aufgehoben. Wegen der schwierigen Wirtschaftslage, die auch einen starken Rückgang des Personenverkehrs zur Folge hatte, konnten neue Zugleistungen nur in ganz mäßigem Umfang übernommen werden. In einigen besonders dringlichen Fällen sind durch Einlegung weiterer Züge Lücken im Fahrplan ausgefüllt oder neue Anschlüsse geschaffen worden. Im übrigen wurde nach Möglichkeit darauf Bedacht genommen, die Zugverbindungen, soweit es nicht schon in den letzten Jahren geschehen ist, durch Abkürzung der Fahr- und Aufenthaltszeiten zu verbessern und neue Anschlüsse herzustellen.

Besonders hervorzuheben sind die Verbesserungen im Verkehr zwischen **Karlsruhe und Bruchsal**, das Ausfüllen von Lücken im Fahrplan der Strecke **Mühlacker—Karlsruhe**, die Abkürzung der Fahrzeiten auf der Murgtalbahn, die Verbesserung der Abendverbindung auf der Strecke Freiburg i. Br. **—Neustadt i. Schw.**/Seebrugg während der Hauptreisezeit vom 1. Juli bis 10. September im Anschluß von den Zügen 848, FD 6 und D 164, in der Gegenrichtung die Herstellung einer neuen Morgenverbindung nach Freiburg und die Verbesserung des Fahrplans der Elztalbahn.

Tagung des Verbandes Deutscher Flughäfen. Der 65 Mitglieder zählende Verband Deutscher Flughäfen, dem sämtliche deutschen Flughäfen angeschlossen sind, hielt seine diesjährige Verbandstagung in **Mannheim** ab. Den Vorsitz führte Staatsrat Dr. **Krönig**, Hamburg. Im Verlaufe der Tagung wurden die gemeinsame Wahrnehmung von wirtschaftlichen und technischen Belangen besprochen und außerdem die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht. Die Tagungsteilnehmer besichtigten Freitag nachmittag den Mannheimer Flughafen.

Die Hochwasserschäden in Baden

Das Hochwasser ist jetzt überall zurückgegangen. Der Schaden, der angerichtet worden ist, ist sowohl in den Städten, die davon betroffen wurden, als auch auf dem Lande, außerordentlich groß. Teilweise sind die Saaten und die Kartoffelfelder vernichtet.

In **Mannheim** wurde eine unterhalb der Ebertbrücke gelegene Bootsanstalt von ihrer Verankerung losgerissen und den Neckar hinuntergetrieben. Sie trieb bis zur Neckarmündung und zersplitterte dort an einem großen Kahn. In **Heidelberg** ist der Neckar im Laufe des Freitag ununterbrochen gestiegen und überschwemmte die Uferstraßen größtenteils. In die tiefer gelegenen Keller der Altstadthäuser drang das Wasser ein. Gegen ½7 Uhr abends wurde die große Badeanstalt von Bootz, die erst vor kurzem mit erheblichen Kosten errichtet worden ist, von ihren Trossen gerissen. Sie trieb neckarabwärts, prellte gegen die Friedrichsbrücke und wurde dabei völlig zertrümmert. Kurz darauf riß sich auch die dicht an der Friedrichsbrücke befindliche Städtische Badeanstalt vom Ufer los. An der Friedrichsbrücke, wo große Stücke der Badeanstalt hingen, mußten Sprengungen vorgenommen werden, da die Kammerteile eine Gefahr für die Brücke bildeten. An der Neckarbaustelle sind verschiedene Schäden entstanden.

Auch im **Bauland** wurden manche Schäden angerichtet. Größer sind die Schäden im **Kraich-** und **Pfinzgau.** Die Bruchsaler Gasanstalt mußte ihren Betrieb einstellen. Die Nebenbahnen Bruchsal—Menzingen und Bruchsal—Hilsbach konnten am Freitag nicht verkehren. In der Geflügelzucht Reichenstein ertranken 3000 junge Hühner. Eine Angestellte erlitt infolge Überanstrengung einen tödlichen Herzschlag. Zwei Landwirte aus **Meibsheim** konnten sich mit Mühe aus den Fluten retten, während ihr Pferd ertrank.

Schlimm hausten die Fluten auch in der Pforzheimer Gegend und im **Enz-** und **Pfinztal.** In **Ispringen** geriet das ganze Unterdorf durch die wild anstürzenden Wassermassen in ernste Gefahr. Nachmittags standen die auf der Talsohle liegenden Häuser teils bis in die Wohnräume unter Wasser. Der Verkehr über die Straße nach Ersingen war für Fahrzeuge und Fußgänger für mehrere Stunden vollständig unterbunden. Die sonst ruhige Pfinz war zu einem reißenden Strom geworden. Auch Nöttingen und Wilferdingen wurden überschwemmt. In Grötzingen stand das Wasser so hoch, daß die Menschen ihre Häuser nicht mehr verlassen konnten.

Aus **Rastatt** wird gemeldet, daß die mit vielen Opfern durchgeführte **Murgkorrektion** zerstört ist. Die Wiederherstellung wird auf 40 000 *RM* beziffert.

Die Polizei auch im Bruchsaler Hochwassergebiet

Vom vorgestrigen Wolkenbruch wurde auch die **Bruchsaler Gegend** heimgesucht. In der Mittagsstunde des Freitag kam von **Weiher** (Amt Bruchsal) die Mitteilung, daß die Gemeinde infolge der andrängenden Wassermassen in Gefahr sei; tatsächlich war das Wasser bereits in die Keller eingedrungen. Die Fläche zwischen Weiher und Stettfeld glich einem einzigen langgestreckten See. In der Landfläche unmittelbar hinter Bruchsal hatten sich ebenfalls größere Wassermengen festgesetzt.

Die Gefahr in der Stettfeld-Weiherer Gemarkung lag darin, daß der Kraichbach in direkter Nähe der Bahnlinie Heidelberg-Bruchsal das Ufer durchbrochen und sich einen Ausweg in die sich weit dahinziehenden Felder und Wiesen gesucht hatte. Damit war die Überschwemmungsgefahr für das dortige Gelände wesentlich gewachsen.

Die Wasser- und Straßenbauverwaltung, ebenso die Forstbehörde von Bruchsal griff sofort ein und es wurden Faschinen, kleine Baumstämme und sonstiges Hemmungsmaterial herbeigeschleppt. Als aber nachmittags der Kraichbach wieder zu steigen anfing, erfolgte auf dem raschesten Wege der Einsatz der Polizei, die von Karlsruhe aus an die Unglücksstätte eilte. Das Wasser war bei dem Bahndurchlaß für den Kraichbach bereits stark an den Damm hinaufgestiegen. Glücklicherweise fiel am gestrigen Freitag kein Regen, so daß das Wasser allmählich zurückging. Die eingesetzte Polizeimannschaft hatte tüchtig zugegriffen und eine weitere Ausdehnung der Wassermassen des Kraichbach verhindert, wofür ihr die Bevölkerung herzlich dankbar war.

Das Neckarhochwasser im Fallen

DZ. **Heidelberg**, 9. Mai. (Tel.) Das **Hochwasser des Neckars** hat bis heute vormittag 10 Uhr um etwa 80 Zentimeter **abgenommen.** Mit 604 Meter Pegelstand hatte es gestern abend 9 Uhr die größte Höhe. Das sind nur 34 Zentimeter weniger, als bei dem großen Hochwasser des Jahres Ende 1919. An der Friedrichsbrücke hängen noch die riesigen Reste der Bootzschen Badeanstalt, die wohl erst beseitigt werden können, wenn das **Stauwehr Wieblingen** wieder in Benützung genommen werden kann. Vorläufig ist es durch die dort vorgelagerten Reste des städtischen Freibades und eines Bootsmutterschiffes so gesperrt, daß die Walzen nicht heruntergelassen werden können. Diese Trümmer werden in den nächsten Tagen gesprengt werden, während bei der Friedrichsbrücke wahrscheinlich Schweißarbeiten notwendig sind, um die Reste zu beseitigen.

Unfug mit Flaschenposten

Es ist in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen, daß von Wanderern oder Kindern (bei Schulausflügen) in Seen des Schwarzwaldes Flaschen geworfen wurden, die Zettel enthielten, die von der Selbsttötung des Schreibers Kunde gaben. Nach Auffindung der Flaschen mußten, wenn nicht allen Umständen nach ohne weiteres ein grober Unfug angenommen werden konnte, Ermittelungen einsetzen, die sich teilweise sehr umfangreich und zeitraubend gestalteten. Soweit die Fälle bisher nicht aufgeklärt blieben, hat sich bei den Erhebungen stets ergeben, daß die betreffende „Flaschenpost" aus Übermut oder ähnlichen Beweggründen angefertigt wurde. Die Angehörigen des „Vermißten", bei denen amtlich nachgeforscht wurde, sind durch die Nachrichten mehr oder weniger beunruhigt worden. Den Behörden ist viel unnütze Arbeit erwachsen; bei Fortdauer des Unfugs besteht die Befürchtung, daß mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen auch ernste Fälle von den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes nicht mehr in die erforderliche sachgemäße Behandlung genommen werden. Es ist daher notwendig, vor diesem Unfug zu warnen. Auch die Schulleitungen dürften Veranlassung nehmen, bei Beginn der Ausflugszeit vor Verübung derartigen Unfugs warnen zu lassen.

Bad. Beamten - Dienstuniformen

jeder Art liefert vorschriftsmäßig K.660

Firma J. Holzwarth,

Karlsruhe, Telephon 103. Zähringerstraße 112

Gemeinderundschau

Mannheimer Etat angenommen

Ungeheuere Lärmszenen

Bei gut besuchtem Hause begann am Freitag die **Spezialdebatte** über den Haushalt der Stadt Mannheim. Insgesamt waren **227 Anträge** eingereicht worden, von denen allein über 160 von der Kommunistischen Fraktion stammten. Auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen ergab sich jedoch, daß nur 79 abstimmfähig waren. Die Entscheidung über die Anträge wurde bis zum Schluß der Einzelberatung zurückgestellt. Der aus dem Landesgefängnis entlassene kommunistische Schriftleiter Stephan **Hermann** wurde bei seinem Erscheinen in der Presseloge von seinen Parteigenossen mit Rot-Front-Rufen empfangen.

Die nationalsozialistischen Redner wandten sich insbesondere gegen die Einrichtungen des Städtischen Nachrichtenamtes und dessen Leiter, der durch Protektion in sein Amt gekommen sei. Die Kosten der Hauptverwaltung, in der das Durchschnittsgehalt 7000 *RM* betrage, müßten herabgesetzt werden. Eine Revision der Beamtengehälter sei notwendig. Zu erregten Auseinandersetzungen kam es bei der Beratung der Polizeikosten, wobei Beschimpfungen sozialdemokratischer Bürgerausschußmitglieder erfolgten. Es ergingen an kommunistische Stadtverordnete verschiedene Ordnungsrufe. Der kommunistische Stadtverordnete **Hahn** mußte aus dem Saal gewiesen werden. Der Lärm bei den Oppositionsparteien nahm einen solchen Umfang an, daß die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen werden mußte.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen gestalteten sich die Verhandlungen zunächst wieder etwas ruhiger. Als man jedoch beim Kapitel „Städtische Werke" angelangt war, geriet das Haus durch persönliche Auseinandersetzungen einzelner Stadtverordneter derart in Unruhe, daß sich der sonst jeder Situation gewachsene Oberbürgermeister nicht mehr durchzusetzen vermochte. Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die vereinigten bürgerlichen Gruppen stellten deshalb den Antrag, daß die **restlichen Vorschläge** sowie die weiteren Punkte der Tagesordnung **sofort aufgerufen** und die **Aussprache geschlossen** würde. Als dieser Antrag von der Mehrheit des Hauses gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen wurde, erhob sich ein **unbeschreiblicher Tumult,** der etwa eine Viertelstunde andauerte und mit Schreien, Pfeifen und wüsten Beschimpfungen einen derartigen Umfang annahm, daß der Oberbürgermeister sich nicht mehr verständlich machen konnte und der Ausbruch von Tätlichkeiten zu befürchten war.

Um diesen unwürdigen Szenen ein Ende zu machen, stellte die Koalition der arbeitenden Fraktionen den weiteren Antrag, den **Haushaltsplan unter Ablehnung aller Oppositionsanträge anzunehmen,** da die verbündeten Parteien die Überzeugung gewonnen hätten, daß nach dem bisherigen Verlauf der Budgetberatungen eine ersprießliche Verhandlung nicht mehr möglich sei. Als dieser Antrag **angenommen** war, womit die Etatsberatungen einen unerwarteten Abschluß gefunden haben, erhob sich von neuem ein **furchtbarer Lärm,** unter dem die Bürgerausschußmitglieder das Haus verließen. Die Kommunisten zogen lärmend vor das Rathaus, wo sie sich mit einem Sprechchor verabschiedeten. Eine Bereitschaft der Polizei sorgte für einen ruhigen Abzug.

In einer anschließenden Besprechung mit den Fraktionsführern und der Presse erklärte Oberbürgermeister Dr. **Heimerich**, daß die Fraktionen, die den Etat tragen, sich entschlossen hätten, dem unwürdigen Treiben ein Ende zu bereiten und den Etat kurzerhand zu genehmigen. Man stehe mit Erschütterung vor dem Ablauf dieser Verhandlungen. Solche Debatten schädigten das Ansehen der Stadt und der Selbstverwaltung.

Verabschiedung des Pforzheimer Voranschlags

Nach zweitägiger Beratung erledigte am Freitag der Pforzheimer Bürgerausschuß den Voranschlag für 1931/32. Er wurde gegen die Stimmen der Volksrechtspartei, der Kommunisten und der Nationalsozialisten angenommen. Die Umlage beträgt beim Grundvermögen 60 *Rpf*, beim Betriebsvermögen 23 *Rpf* und beim Gewerbeertrag 342 *Rpf*.

Bei der Beratung der Einzelpositionen wurde beim Titel „Schlacht- und Viehhof" auch das schon im Landtag behandelte Schächten der Tiere behandelt. Nationalsozialisten, Aufwertungspartei, Mittelstandsvertreter und Kommunisten wandten sich gegen diese Einrichtung. — Bei dem Zuschuß von 105 000 Reichsmark für das **Schauspielhaus** erklärte der Oberbürgermeister, der Direktor des Theaters habe mit aller Entschiedenheit betont, daß der Theaterbetrieb ohne Operette in Pforzheim undenkbar und unmöglich sei. Der Kostenpunkt von 105 000 *RM* stehe schon seit Jahren im Voranschlag. Er sei aber der erste, der fallen müsse, sobald man in ernste Ausgleichsschwierigkeiten gerate. Nachts nach 10 Uhr wurde dann zur Schlußabstimmung geschritten.

Die Bürgersteuer in Karlsruhe. Der Gemeindevoranschlag für Karlsruhe wird vom kommenden Montag ab den Bürgerausschuß beschäftigen. Um eine Verdoppelung der Bürgersteuer, die ursprünglich durch den Fehlbetrag im Voranschlag als notwendig erschien, zu vermeiden, schlägt ein von mehreren Parteien eingegangener Antrag vor, die Beschaffung von Baustoffen aller Art von 500 000 *RM* um 40 000 *RM* zu senken. In dem Antrag wird weiter vorgeschlagen, aus der Steuersenkungsreserve der Staatskasse einen Anteil von 300 000 *RM* für den Fehlbetrag zu verwenden. In dem Antrag heißt es: Eine Ausschüttung der Staatskasse aus den zur Verfügung bleibenden Steuersenkungsmitteln, insbesondere an die großen Städte, die die Steuersenkungsreserve aus dem Gebäudesondersteueranteil in der Hauptsache speisen, darf mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Der Antrag ist unterzeichnet von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, Ev. Volksdienst, der Staatspartei, Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei.

Um den Zuschuß des Badischen Landestheaters. Im Bürgerausschuß Karlsruhe ist seitens des Zentrums ein Antrag eingegangen, der verlangt, daß sich die städtischen Vertreter im Verwaltungsrat des Badischen Landestheaters alsbald mit der Möglichkeit einer weiteren Einschränkung am Aufwand des Theaters beschäftigen. Es wird gesagt, daß das Ziel, den städtischen Zuschuß weiter zu kürzen, ernstlich verfolgt werden müsse.

Handel und Wirtschaft

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Mai 1931 hat sich in der verflossenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 263,4 Millionen auf 4076,7 Millionen *RM*, derjenige an Rentenbankscheinen um 31,0 Millionen auf 402,0 Millionen *RM* verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 13,5 Millionen auf 2539,1 Millionen *RM* erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,5 Millionen auf 2369,8 Millionen *RM* und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 12,0 Millionen auf 169,3 Millionen *RM* zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 54,6 Proz., in der Vorwoche auf 58,1 Proz., diejenige durch Gold und deckungsfähigen Devisen von 58,2 Proz. auf 62,3 Proz.

Die Großhandelsindexziffer stellt sich für den Monatsdurchschnitt April mit 113,7 um 0,2 Proz. niedriger als im Vormonat.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Der Sommertagszug wird „tongefilmt". Der am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, stattfindende Karlsruher Sommertagszug wird, wie der Verkehrsverein mitteilt, von einem hiesigen angesehenen Photohaus gefilmt und ferner von einem Berliner Film-Unternehmen für Tonfilm aufgenommen werden. Der Tonfilm vom Sommertagszug soll nach seiner Fertigstellung in Deutschland und Nordamerika in 2500 Lichtspieltheatern zur Vorführung gelangen. Im übrigen wird der Sommertagszug nur bei ganz schlechtem Wetter ausfallen, was jedoch kaum zu befürchten steht. Nochmals sind die Bewohner der Landeshauptstadt gebeten, ihre Häuser zu beflaggen, den Kinderzug auf seinem Weg durch die Stadt zu begrüßen und die Fahrbahn möglichst freizuhalten, damit keine Stockungen auf dem Marsch durch die verkehrsreichen Straßen eintreten. Im Anschluß an den Umzug ist im Stadtgarten das allgemeine Sommertagstreffen beim Festkonzert zweier Musikkapellen.

95. Geburtstag. Dieser Tage feierte Major a. D. **Albert Kreßmann** in Karlsruhe seinen 95. Geburtstag. Seit dem Jahre 1875, kurz nach seinem Rücktritt als Direktor der Artilleriewerkstatt in Danzig, siedelte Kreßmann nach Karlsruhe über, wo er regen Anteil am öffentlichen Leben nahm. In einer großen Anzahl von Vereinen, wie dem Allgemeinen Deutschen Schulverein, der Deutschen Kolonialgesellschaft, dem Verein für Erhaltung des Deutschtums im Auslande und dem Deutschen Ostmarkenverein, war er in seinen früheren Jahren an hervorragender Stelle tätig.

Generaloberst von Seeckt über Wehr- und Rüstungsfragen. Am Freitag abend sprach im Karlsruher Studentenhause der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst **von Seeckt**, zur Karlsruher Studentenschaft über die politische Bedeutung des Wehrgedankens. Nach einer Skizzierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes in der Welt formulierte v. Seeckt, wie in seinem Freiburger Vortrag, über den schon berichtet wurde, die Forderungen, die sich angesichts der kommenden allgemeinen Abrüstungskonferenz für die deutsche Außenpolitik ergeben. Wenn aber die Siegerstaaten zu einer durchgreifenden Abrüstung nicht bereit seien, ergebe sich für die deutsche Außenpolitik die Forderung, das Recht Deutschlands auf eine angemessene Aufrüstung zu verlangen. Der Redner legte dann seine bereits bekannten Ideen über den Aufbau einer neuen deutschen Wehrmacht dar, die auf einer Verbindung von allgemeiner Wehrpflicht und Berufssoldatentum basieren. Die Ausführungen des Generals wurden von den Zuhörern, unter denen sich auch der Rektor und zahlreiche Professoren der Hochschule befanden, mit starkem Beifall aufgenommen.

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Freitag nachmittag kam es beim Eisenbahnausbesserungswerk zu einem Zusammenstoß zwischen nationalsozialistischen Flugblätterverteilern und Kommunisten. Die Kommunisten versuchten, den Nationalsozialisten die Flugblätter zu entreißen, worauf es zu einer regelrechten Schlägerei kam. Passanten alarmierten das Überfallkommando, welches auch rasch zur Stelle war und die Streitenden trennte. Einige von ihnen mußten den Weg zur Wache antreten.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstag morgen. Die ergiebigen Regenschauer haben in Nordbaden nach den inzwischen eingelaufenen Meldungen vielerorts Überschwemmungen mit Hochwasserschäden zur Folge gehabt. Inzwischen hat sich in Westeuropa ein Hochdruckgebiet entwickelt, an dessen Ostrande kühlere Luft polaren Ursprungs nach Mitteleuropa mit nördlichen Winden vordringt. **Wetteraussichten:** Kühler, wolkig mit zeitweiser Aufheiterung, höchstens strichweise leichte Regenschauer bei westlichen bis nordwestlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 314 minus 6, Basel 130 minus 16, Schusterinsel 190 minus 22, Kehl 344 plus 27, Maxau 551 plus 8, Mannheim 681 plus 158, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Heidelberg**, 8. Mai. Die **Anklageschrift** in Sachen der **Wohnungsbaugesellschaft** gegen Ludwig Müller und Alfred Goldschmidt ist jetzt fertiggestellt. Sie umfaßt etwa 60 Seiten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich im Juli beginnen. Ludwig Müller wird durch Rechtsanwalt **Pfeiffenberger**, Mannheim, verteidigt werden. Der seinerzeit in die Schweiz geflüchtete Geschäftsführer Paul Müller ist inzwischen vom Heidelberger Untersuchungsrichter in Zürich vernommen worden.

DZ. **Wiesloch**, 8. Mai. Die **Winzergenossenschaften** des Bezirks erhielten **aus der Westhilfe** in den letzten Tagen **Zuwendungen**. Nämlich Wiesloch 1500 *RM*, Rotenberg-Rauenberg 1000 *RM* und Malsch ebenfalls 1000 *RM*. Die Mittel werden zur Verbesserung der Kellereieinrichtungen, zur Beschaffung von Geräten verschiedener Art verwendet.

DHD. **Freiburg**, 8. Mai. Bei der Feier des **30jährigen Bestehens der Freiburger Handwerkskammer** wurde der langjährige Präsident, Mechanikermeister Hermann **Elbs**, zum Ehrenpräsidenten gewählt. Zu Ehrenmitgliedern wurden wegen ihrer großen Verdienste ernannt: Schneidermeister Heinrich **Schlüter**, Freiburg, Baumeister August **Weiß**, Lörrach, und Blechnermeister August **Bühler**, Freiburg. Der Direktor der Handwerkskammer Freiburg, Hermann **Eckert**, der 30 Jahre lang die Geschäfte der Kammer führte, ist in den Ruhestand getreten. Ihm wurden in Anerkennung seiner Verdienste mehrere Urkunden übergeben, u. a. von der Handwerkskammer Freiburg, vom Badischen Handwerkskammertag und vom Reichsverband des Deutschen Handwerks, Hannover.

Staatsanzeiger

Die Nachgenannten haben die im März und April 1931 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Vermessungswesen bestanden und hierdurch gemäß § 9 der Verordnung vom 8. April 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Vermessungstechniker" erlangt.

Karl **Beha** von Karlsruhe, Alfons **Blum** von Münchingen, Wilhelm **Firner** von Wolfach, Helmut **Kienzler** von Schonach, Erwin **Kühner** von Mittelschefflenz, Anton **Michel** von Königheim, Hermann **Münzer** von Schopfheim, Heinrich **Muth** von Mannheim, Manfred **Reinbold** von Karlsruhe, Oskar **Straub** von Donaueschingen, Friedrich **Winzer** von Hüningen i. E.

Karlsruhe, den 4. Mai 1931.

Der Finanzminister.
J. V.: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeioberwachtmeister Bernhard **Schönung** in Mannheim zum Polizeikommissär in Waldshut.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Landrat Friedrich **Schmitt** in Müllheim auf 30. Juni 1931.

Entlassen auf Ansuchen:

Regierungsrat Gustav **Kraft**, zuletzt beim Bezirksamt Kehl.

Finanzministerium

Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:

Zum Straßenoberbaumeister der Straßenbaumeister Johannes **Bleier** in Sinsheim.

Planmäßig angestellt:

Straßenwärter Ernst **Huhler** in Werbach.

Versetzt:

Straßenbaumeister August **Leucht** beim Wasser- und Straßenbauamt Heidelberg nach Neckarbischofsheim, Vermessungssekretär Karl Albrecht bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Vermessungsamt Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leidender Gesundheit:

der Straßenwärter Karl **Gschwender** in Burkheim.

Kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze ist in den Ruhestand getreten:

der Straßenwärter Franz **Lipp** in Heidelberg.

Gestorben:

Kulturmeister a. D. Franz Xaver **Langenbach** in Karlsruhe am 6. April 1931; Oberbaurat a. D. Adam **Baum** in Heidelberg am 15. April 1931; Straßenbaumeister a. D. Franz **Bürkle** in Pforzheim am 17. April 1931; Straßenwärter a. D. Theobald **Braun** in Griesbach am 20. April 1931.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 12. bis 17. Mai.

Im Landestheater:

Dienstag, 12. Mai. ✱ G 24. Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Viktoria und ihr Husar.** Operette von Paul Abraham. 20—23 (6.—).

Mittwoch, 13. Mai. ✱ B 24. Th.-Gem. 101—200. **Der Hauptmann von Köpenick.** Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 20—23 (5.—).

Donnerstag, 14. Mai. ✱ D 26 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 301—400. **Tannhäuser.** Von Wagner. 18.30—22 (8.—).

Freitag, 15. Mai. ✱ F 25 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1—100. **Undine.** Von Lortzing. 20—23 (7.—).

Samstag, 16. Mai. ✱ A 24. Th.-Gem. 3. S.-Gr., 2. Hälfte und 801—900. Neu einstudiert: **Julius Cäsar**, Trauerspiel von Shakespeare. 20—23 (5.—).

Sonntag, 17. Mai. **Nachmittags:** ✱ **Meine Schwester und ich.** Operette in 2 Akten und 1 Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 15—17.45 (3.50).
Abends: ✱ C 24. Th.-Gem. 401—500 und 601—700. **Viktoria und ihr Husar.** Operette von Paul Abraham. 20—23 (7.—).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 10. Mai. ✱ **Meine Frau, das Fräulein.** Operettenschwank von Zerlett. Musik von Beutten. 19.30—22 (3.50).

Donnerstag, 14. Mai. ✱ **Meine Schwester und ich.** Operette in 2 Akten und 1 Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 19—21.45 (3.50).

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

Neuheit!
Opalograph-Vervielfältiger
zu **75 RM.** Foliogröße
für Hand-, Maschinenschrift, Zeichnung
Keine Typen, Wachspapier, Cliché!
Druckfläche **unabnutzbare** Opalplatte. Abzüge originalgetreu.
Auch photographisches Verfahren
Opalograph - Compagnie
Karlsruhe Telefon 3452 **Waldstr. 44**
L.181

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel

Feldbahnen und alle **Baugeräte** für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- und Gemeindebehörden und Bauämtern
zu Kauf und Miete
Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes
J.951

Heinrich Stöcker G. m. b. H.
vormals FR. KIRCHENBAUER
Bauunternehmung für Hoch-, Tief- u. Eisenbetonbau Umbauten aller Art
KARLSRUHE i. B.
Lessingstr. 1a Tel. 1020
K.648

EINTRACHT
Mittwoch 13. Mai, 20 Uhr
Klavier-Abend
Dr. Edwin
FISCHER
G. F. Händel: Chiaconna G-Dur
J. S. Bach: 3 Präludien und Fugen a. d. Wohltemp. Klavier. 1. Teil.
Joh. Brahms: Sonate F-Moll, op. 5. L.157
L. v. Beethoven: Sonate Es-Dur, op. 7.
Rob. Schumann: Fantasiestücke, op. 12. Des Abends — Aufschwung — Warum? — Grillen — In d. Nacht Fabel — Traumes Wirren — Ende vom Lied.
Steinway-Konzertflügel a. d. Lager H. Maurer.
Num. Karten zu 5,50 (für Musiklehrer 3,30) 4,40 u. 3,30 Stehpl. zu 2,20, Schülerkarten zu 1,65 einschl. Steuer in der Buchandlung Bielefeld am Marktplatz (rechte Saalhälfte) und in der Musikalienhandlung
Kurt Neufeldt
Waldstraße 81

Verdingung.

Die zum Posthausneubau auf dem Postgrundstücke zu Albbruck (B.) erforderlichen inneren Be- und Entwässerungs-, ferner Innenputzarbeiten sowie Fensterlieferung sollen im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden. Frist für die innere Be- und Entwässerung 5 Wochen, für Innenputz 5 Wochen und für Fensterlieferung 5 Wochen. Zeichnungen, Massenberechnung, Programm, Bedingungen für die Bewerbung usw., Vertragsbedingungen liegen im Amtszimmer der Postbauleitung in Albbruck (B.) zur Einsicht aus und können daselbst soweit Vorrat reicht, mit Ausnahme der Zeichnungen zum Preise von 10 Rpf. bezogen werden.

Die Angebote sind unterschrieben und verschlossen mit der Aufschrift: Angebot auf: Innere Be- und Entwässerungsarbeiten, Innenputzarbeiten und Fensterlieferungen an die Postbauleitung Albbruck (B.) frankiert einzusenden. Die Angebote für Fensterlieferung werden in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter am **20. 5. 1931, vormittags 10 Uhr**, die übrigen Angebote **vormittags 11 Uhr**, im Amtszimmer der Postbauleitung geöffnet. Zuschlagsfrist: 5 Wochen, vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet. Falls keines der Angebote für annehmbar befunden wird, bleibt die Ablehnung sämtlicher Angebote vorbehalten. R.445

Albbruck, den 9. Mai 1931.

Postbauleitung Albbruck.

Wir werben für Sie!

Öffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten auf 15. Mai 1931:

a) Die Einkommensteuervorauszahlungen durch die Landwirte mit einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerschuld nebst 10 v. H. Landeskirchensteuer.
b) Die Vorauszahlungen für die Vermögensteuer aller Pflichtigen für das 2. Vierteljahr 1930 mit einem Viertel der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerschuld.

An die Zahlung dieser Abgaben wird erinnert.

Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Postnachnahmeverfahren eingezogen oder ohne besondere Mahnung beigetrieben.

Bargeldlose Zahlung unter vollständiger Angabe der Steuernummer wird empfohlen.

Karlsruhe, den 9. Mai 1931. R.440

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Badisches Landestheater
Sonntag, den 10. Mai 1931
Nachmittags
Meine Schwester und ich
Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum
Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky
Dirigent: Keilberth
Regie: v. d. Trenck
Mitwirkende:
Genter, Jank, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kloeble, Kuhne, H. Kienscherf Mehner, Müller, Prüter
Anfang 15 Ende 17¾
Preise 0,50—3,50 RM

Abends
*A 23. Th.-Gem., II. S.-Gr.
Neu einstudiert:
Undine
Von Lortzing
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blank, Haberkorn, Reich-Dörich, Hospach, Kiefer, Nentwig, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Schmitt
Anfang 20 Ende 23
Preise D (1—8 RM)

Montag, den 11. Mai 1931
Volksbühne:
Maivorstellung
Der Hauptmann von Köpenick
Ein deutsches Märchen von Karl Zuckmayer
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Ermarth, Genter, Jank, Rademacher, Seiling, Guse, Hebeisen, Müllich, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Grötzinger, Herz, Hierl, Höcker, Hospach, Just, O. Kienscherf, H. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Arras, Eich, Grimm, Hölzer, Kilian, Kleinbub, Lindemann, Luger, Meyer, Nagel, Neidinger, Rivinius, Seibert, Schmitt, H. Müller, Rinkler
Anfang 19½ Ende 22½
Preise A (0,70—5 RM)
Zu dieser Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältl.

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 10. Mai 1931
Meine Frau, das Fräulein
Operetten-Schwank von Zerlett
Musik von Beutten
Dirigent: Keilberth
Regie: Herz
Mitwirkende:
Jank, Nyhoff, Rademacher, Brand, Höcker, Just, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter
Anfang 19½ Ende 22
I. Parkett 3,50 RM